

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
9 (1895)**

282 (5.12.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-254829](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-254829)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage: „Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis pro Monat (inkl. Beilage) 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; durch die Post bezogen (Postzeitung Nr. 5009) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., monatlich 70 Pfg. zzgl. Postgeld.

Redaktion und Expedition:
Sant, Neue Wilhelmshavener Straße 30.
Telephon - Anschluß Nr. 58.

Inserate werden die fünfgepaltene Gewerbe- oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Inserate für die laufende Nummer müssen bis spätestens 11 Uhr Mittags in der Expedition aufgegeben sein. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 282.

Sant, Donnerstag den 5. Dezember 1895.

9. Jahrgang.

Zur Reichstags-Gründung.

Das „Damb. Echo“ schreibt unterm gestrigen Datum: Heute wird der Reichstag eröffnet. Die übliche Thronrede dürfte kaum Ueberraschungen bringen, denn in einer Vollständigkeit, wie vielleicht noch nie vor einer Reichstagsöffnung, sind diesmal die dem Reichstage von der Regierung zugesandten Gesetzentwürfe öffentlich bekannt und der Kritik zugänglich geworden, zum Teil durch „Indiscretionen“, ehe sie die Beratung des Bundesrates passiert hatten. Im Wesentlichen wird die Thronrede — die, wie verlautet, der Kaiser diesmal nicht selbst zum Vortrag bringen will — nur Bekanntes aufzählen. Sie wird vielleicht nur durch Hinweise auf gewisse Verhältnisse ein Interesse erregen. Der Reichstag kommt schon so ziemlich sein ganzes Arbeitspensum, das ihm von der Regierung zugesandt ist. Dieses Pensum reicht aus für eine recht lange Session; ja, bei gründlicher und gewissenhafter Arbeit dürfte die Hauptkader, der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches und die Justizgesetze, gar nicht zur Erledigung kommen können.

Was erheben Entwurf anbetrifft, über dessen wichtigste Teile wir unsere Leser unterrichtet haben und noch weiter unterrichten werden, so legt man in „maßgebenden Kreisen“ und im mittelparteilichen Lager Gewicht darauf, ihn möglichst schnell unter Vermeidung tiefergehender und umfassender Erörterungen durchzuführen. Zwei Jahrzehnte hat die gut bezahlte Kommission gebraucht, den Entwurf, welcher uns die „nationale Rechtsvereinbarung“ bringen soll, fertig zu stellen. Dem dänischen Reichstage aber wird zugemutet, diese monströse Leistung juristisch der Reife gewissermaßen im Handumdrehen zu erledigen. Allen Ernstes haben nationale Organe dem Reichstage die Zustimmung gestellt, er solle in eine erscheinende Erörterung der Einzelheiten des Entwurfs nicht eintreten, damit das „große Werk“ nicht gefährdet werde. Es heißt, der Kaiser interessiere sich sehr lebhaft für diese Sache; auch er möchte die „glatte und schnelle Abnahme“ des Entwurfs. Die mittelparteiliche Presse ist darüber sehr erfreut. Kürzlich meinte die „Köln. Ztg.“ unter Hinweis auf die Beteiligung Napoleons I. für das Zustandekommen des nach ihm benannten Gesetzbuches, „ohne den Druck einer mächtvollen Persönlichkeit“ werde man auf die endgültige Erfüllung des Bundes, betreffend die Rechtsvereinbarung, noch lange warten können. Jeder unserer Leser wird leicht begreifen können,

was damit gesagt sein soll. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn der Nationalliberalismus bei Fragen, in denen er mit dem Monarchen übereinstimmt, das bekannte Wort gelten läßt: „Der Wille des Königs ist das höchste Gesetz“. Aber so glatt, wie da gewünscht wird, dürfte die Beratung trotz des Trudes mächtvoller Persönlichkeiten doch nicht verlaufen. Die sozialen, politischen und konfessionellen Gegensätze stellen dem Zustandekommen des bürgerlichen Gesetzbuches überaus große Schwierigkeiten in den Weg. Die Stellung der Parteien dazu ist vollkommen klar. Schon in der letzten Session des Reichstages hat ein Führer des Zentrums, der Abgeordnete Spahn, erklärt, daß seine Partei das Gesetzbuch mit Rücksicht auf die den Katholiken unannehmbare Bestimmungen über das Ehegesetz ablehnen werde. Auch im Lager der konservativ-protestantisch-orthodoxen Richtung will man versuchen, den konfessionellen Auslassungen Einfluß und Geltung zu verschaffen. Ueberrassend ist der konservativ-katholische Charakter des Entwurfs keineswegs. Der Liberalismus sieht in der Annahme eines „bedeutenden Fortschritts auf dem Gebiete der rechtlichen und kulturellen Entwicklung des Volkes“, er will um der Rechtsvereinbarung willen auch Unvollkommenheiten in den Kauf nehmen. Die entscheidende und grundsätzliche Opposition erhebt der Entwurf seitens der Sozialdemokratie. Ihre Stellung ist die Thatsache maßgebend, daß der Entwurf durchaus auf die Interessen der herrschenden Klassen berechnet ist, daß er ein Klassenrecht darstellt, eine Zusammenfassung der individualistisch-kapitalistischen Rechtsansichtungen, die einen nennenswerten Schutz der wirtschaftlich Schwachen gegen die Stärken und Mächtigkeiten nicht zulassen. Der Entwurf behält seinen Fortschritt im Recht; er ist lediglich eine neue Fälschung der längst herrschenden individualistisch-kapitalistischen Rechtsnormen, er erfüllt nicht das Wort Rudolf von Jhering, daß das Recht sich nur dadurch verändern kann, daß es mit seiner eigenen Vergangenheit aufbricht.

Die widerstrebenden Ansichten und Grundansätze werden in der Debatte beständig aufeinander prallen. Speziell unserer Partei wird Gelegenheit geboten werden, eine gründliche Klarstellung einiger der wichtigsten Punkte unseres Programms, besonders der die Eigentumsfrage betreffenden, vorzunehmen. Wir dürfen auf sozialpolitische Debatten großen Ertos gefaßt sein. Diese Debatten, die Kämpfe derselben auf das Volk, werden

das einzig Gute an der ganzen Sache sein. An sich bietet diese Sache eine höchst interessante Erscheinung. Als das gewaltige römische Reich in der Auflösung begriffen war, erfuhr sein Herrscher, Kaiser Augustus, eine gewisse Ausgestaltung. Es hat dann länger als ein Jahrtausend das römische Recht in Deutschland geherrscht und auch der in Nebe stehende Entwurf trägt diesen Rechte weitgehend Rechnung. Als das verfallene Landrecht und der Code Napoleon entstanden, war das Bürgerthum im Aufstehen zur wirtschaftlichen und politischen Macht geworden. Jetzt hat dasselbe seine historische Mission erfüllt. Die Arbeiterklasse tritt in die Schranken mit ihren Ansprüchen an Staat und Gesellschaft, mit einem ganz neuen, der höheren Gerechtigkeitserwartungen entsprechenden Recht. Der bürgerliche Staat ist in der Abwirtschaltung begriffen; er zittert in allen Fugen und kann nur noch künstlich aufrecht erhalten werden. Allgemählich ist der Kampf zwischen der neuen Rechtsidee, die nach Verwirklichung und praktischer Geltung ringt, und der alten, die seinen Fortschritt im Recht zulassen will, entbrannt. Und in dieser Situation kommt man mit dem Versuch einer einheitlichen Regelung des alten Rechts unter Berufung auf ein „nationales Gesetz“! Als ob man dem alten Rechte damit den Fortschritt sichern könnte! Am Grabe pflanzt man die Hoffnung auf.

Ueber die Stellung unserer Partei zur Justizgesetz-Novelle und den meisten anderen Vorlagen haben wir uns im Laufe der letzten Zeit eingehend geäußert. Von besonderem Interesse werden wieder die Debatten sein, die sich um die unvermeidlichen Ansprüche der Agrar-Delegationen drehen. Das Justizministerium enthält weitgehende Konzessionen an die Forderungen der Agrarier. So Gunsten einer kleinen Gruppe von Interessenten soll der Judertontum des Jandals erheblich belassen, der Jucker also vertheuert werden. Dieses ganze glockenhafte Gesetz ist die Blüthe einer wirtschaftlichen Interessenpolitik, die darauf berechnet ist, die Masse des konjunkturlosen Volkes der Begehrlichkeit gewisser Kräfte tributpflichtig zu machen. Damit etliche Grund- und Fabrikbesitzer mühelos höhere Profite einheimen können, soll ein Volksnahungsmittel künstlich vertheuert werden. Der Antrag Rantig und sonstige Ausgeburt der agrarischen Wirtschaftspolitik werden hingenommen und speziell den Vertretern unserer Partei Gelegenheit geben, energig für die schwer bedrohten Volksinteressen einzutreten. Auch durch eine Reihe von Initia-

tivanträgen wird die sozialdemokratische Fraktion diesen Interessen gerecht zu werden versuchen, wie sie das stets gethan hat.

Doch auch in dieser Session wieder die Frage der „Umsatzbelaupung“ den Reichstag in einer Reihe großer Debatten lebhaft beschäftigt wird, unterliegt keinem Zweifel. Die Frage wird in alle Tagesordnungen hineinfallen und kaum in geringerem Maße ihren Einfluß auf die Verhandlungen ausüben, als sie in der vorigen Session anläßlich der „Umsatzfrage“ es that. Der Septemberkurs und die sensationellen Ereignisse, die sich unter ihm abgepielt haben, bieten der Sozialdemokratie hinlänglich Anlaß, nachschüssig mit der Ordnungspolitik ins Gericht zu gehen. Was Polizei und Justiz hier und da jezt gegen uns unternimmt, stellt in vielen Punkten die samose „Umsatzvorlage“ vom vorigen Jahre in den Schatten. Die offizielle Reaktion und ihre Anhänger dürfen überzeugt sein, daß sie bittere Pillen zu schlucken bekommen werden. Als Ersatz für die Konfessionen den edlen Streiter Hammerstein wohl oder übel hinunterzwingen müssen.

Und dann — wer weiß, ob nicht im Verlauf der Session dem Reichstage doch noch gewisse „Ueberraschungen“, betreffend die „Umsatzbelaupung“, bereitet werden! So viel ist sicher, daß die „Staatsverhältnisse“ ihren Dandel darüber, der in letzter Session zu seinem Resultat geführt hat, hinter den Kulissen fortgesetzt haben. Uns kann's Recht sein. Die Sozialdemokratie ist auf alle Eventualitäten gefaßt. Je wilder die Reaktion sich erhebt, je energischer betätigt sich die von herrschenden Sonderinteressen verachtete Partei in Erfüllung ihrer großen Aufgaben. Für sie giebt es nur eine Parole: Vorwärts, durch Kampf zum Sieg!

Politische Rundschau.

Sant, 4. Dezember.

Im Reichstage wurde gestern die erste Sitzung abgehalten und siehe da — das Haus war beschlußfähig. Ganze neun Mann aber die zur Beschlußfähigkeit notwendige Zahl hatten sich eingefunden. Draußen in der Wandelhalle war es vorher recht lebhaft zugegangen. Das war ein Begrüßen und Dandeldüsten, als habe man sich Jahre lang nicht gesehen. Unser Liebschicht mußte gar vielen Fragen über seinen Majestätsbeleidigungsprozeß Stand halten, eine längere Unterhaltung führte er mit dem be-

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Zehme.

(Nachdruck verb.)

Dr. Orzechow fuhr fort: „Was für ein Leben der Todesfurcht, der Selbstverleugung muß ein Agent führen, der es zu seiner Sicherheit für notwendig erachtet, Kinder und junge, kaum der Schule entwachsene Mädchen in die Verbannung zu schicken! Und was für ein Leben für das Volk, das so grausam erniedrigt wird! Jeder Fortschritt wird unmöglich, jede Sicherheit gefährdet. Der Agent zittert und das Volk zittert auch, das ist der gräßliche Effekt dieser Zustände!“

Der alte Doktor schamte ingrimmig mit seiner langen Pfeife aus den Tisch. „Sie haben recht in jeder Hinsicht“, erwiderte Volkshofst. „Nur bin ich überzeugt, diese Wahrheiten aus dem Munde eines russischen Beamten zu hören.“

„Sie hätten allerdings“, sagte der Hauptmann, „von dem russischen Beamtenhummor nicht die schärfste Bekanntschaft gewonnen haben. Im Allgemeinen mögen Sie recht haben. Es giebt wohl höchstens noch in der Türkei und den sultanischen Pseudorepubliken ein beschränkteres, verlottertes, unfähigeres Beamtenkorps als bei uns. Doch dürfen Sie nicht alle in einen Topf werfen. Gerade hier in Sibirien werden Sie eine große Anzahl Beamte und Offiziere finden, die in der Würdigung der bestehenden Zustände Ihrer Kritik nicht nachgeben, Leute mit strengem Gerechtigkeitsgefühl und festen Anschauungen. Diese Leute wissen wohl, Herr Volkshofst, daß die Ausübung des Verbannungssystems, wie sie seit Jahren betrieben wird, ein

Umling ist, sie wissen, daß man die Gefangenen grausam behandelt, daß die Gefängnisse und Anstalten wahrer Peinhöhlen sind — was hilft ihnen all diese Einsicht! Es steht nicht in ihrer Macht, etwas zur Verbesserung all der Schäden zu thun, ihre Petitionen an das Ministerium um Abstellung werden abgelehnt oder gar nicht beantwortet, oft ziehen sie sich durch ihre Philantropie noch Verneinung und Ungnade zu. Wird aber einmal Geld zur Deckung irgend eines Gefängnisses angewiesen, so sollen Sie einmal sehen, was dafür geleistet wird! Schloß Zalkstein seine Kette. Der Teufel holt das Geld und alles bleibt beim Alten!“

Nach der Politik kam die Literatur, dann die Kunst an die Reihe. Alle Mitglieder des kleinen Zirkels zeigten sich trefflich informiert, denn, wenn die Verbannten auch nicht wagen konnten, eine Zeitung zu halten, so bildeten doch der Arzt und der Hauptmann zwei lebendige Zeitungen für sie, die sie nicht nur über alle Vorkommnisse im Weltgescheh auf dem Laufenden erhielten, sondern auch gern, soweit sie vermochten, den Verkehr zwischen ihren Angehörigen vermitteln. Durch sie konnte Alex hoffen, mit Sophia in Verbindung zu treten, und beide Herren erklärten sich auf sein Ansuchen auch sofort bereit, einen Brief von ihm nach Tobolsk gelangen zu lassen.

So unterhielt man sich bis gegen 10 Uhr auf das Vergnügliche. Herr Volkshofst zeigte seine Bilder und Bücher, Frau Volkshofst spielte und sang einige ernste Lieder. Der Hauptmann raufte, der Gefängnisarzt erzählte mit Dr. Baillie um die Wette einige Schumanns, Nikolaus lächelte und nicht — kurz, der Abend verlief im Wechsel von Scherz und Ernst bei den hülfen

Gewinnen des dampfenden Samowars für Alex, der alle Gesellschaft und Aussprache so lange hatte entbehren müssen, geradezu entzündet.

Ein prächtiger Mann, dieser Volkshofst, äußerte vergnügt Dr. Baillie, als er mit Alex auf dem Heimwege begriffen war.

„Vauter prächtige Menschen“, sagte Volkshofst. „Sie hätte ich gehofft, unter den russischen Beamten Leute von so hervorragender Bildung und derart ausgeprägtem Rechtsgefühl anzutreffen.“

„Ja, ja, der Doktor und der Hauptmann nehmen kein Blatt vor den Mund. Sie wissen, daß sie in diesen Kreise keine Betrüger zu fürchten haben. Jeder von uns würde sich eher todtstellen lassen, als den muthigen Männern Verdruß bereiten.“

„Eine edle Dame, die Gattin Volkshofst. Sie scheint vornehmster Herkunft zu sein.“

„Sie ist die Tochter eines finnischen Edelmannes. Zalkstein ist übrigens auch ein Finne, wie Sie der Name schon ergiebt haben wird.“

„Herr Volkshofst nicht recht unglücklich?“

„Ja, sie ist sehr schwermüthig, weil sie fürchtet, ihrem Gatten eine Last zu sein.“

„Gewiß tritt sie sich darin, er scheint sie sehr zu lieben.“

„Ueber alles. Doch sie ist leidend und grämt sich, daß sie nichts zu verdienen kann. Sie glaubt, wenn sie nicht mehr lebt, würde ihr Gatte besser vorwärts kommen. Ueberrassend ist die wirtschaftliche eide Frau. Erst heute Abend sagte sie mir beim Abschied wieder mit Thränen in den Augen: „Wüßte der Herr, Baillie, wie unendlich das Web er über tausende Unschuldiger durch dieses System heraufbeschwört, läßt er ein einziges Mal die Folgen dieses Verfahrens, unsere

Thürnen, unter Elend, ich glaube, er würde nie mehr einen einzigen Menschen nach Sibirien schicken.“

„Die Ungläubliche! — Doch hier bin ich angelangt, lieber Baillie. Du kannst Dir nicht denken, wie unendlich glücklich ich bin, Dich gefunden zu haben und wie dankbar ich Dir für diesen Abend und die Vermittlung der Bekanntschaft dieser herrlichen Menschen bin, vom Hauptmann bis auf Nikolaus.“

Dr. Baillie lächelte bei der Erwähnung des armen Ruchens.

„Reicht Du auch“, sagte er, „daß dem armen Teufel bei aller Geisteschwäche doch eine gewisse Beredsamkeit geblieben ist?“

„Wieso?“

„Nun, er ist doch auf dem Transporte so flog gewesen, seinen Namen für einige Kopfen zu verkaufen, d. h. ihn mit dem Namen eines politischen Edelmannes, der nach den Mienen von Kara abgehen sollte, zu verkaufen. Nikolaus verdrachte sich für das Geld unterwegs einige Portbeile, Thee u. a. mehr, der Pole aber entging dem Schicksal der Zwangsarbeit in den Bergwerken, da an seiner Stelle Nikolaus dahin wanderte. Das heißt, so würde es gemein sein, wenn nicht kurz vor Zurgut ein Bekannter des Polen, der diesem feindlich gesinnt war, ihn erkannte und so die Absicht vereitelt hätte. Der armer Amerikaner kommt auf der Fahrt oft vor, deshalb photographirt man auch neuerdings die Gefangenen, und stellt an der Abschiebungsthele ihre Identität von neuem fest.“

Die Freunde diskutierten einander die Hand und trennten sich.

(Fortsetzung folgt.)

kanen Rechtsanwalt Munkel. Den Hauptgesprächsstoff gab natürlich der Rücktritt des Polizeiministers von Köller ab. Freund Köller geht, er wartet nur noch die Ernennung seines Nachfolgers ab, doch er gelernt noch bei der höchsten Eröffnung des Reichstags in Ministeruniform zugehen war. Als Nachfolger wurde u. a. auch Graf Wilhelm Bismarck genannt, der thätigste auch in Berlin ist. Aber es ist wohl unavschätzbar, daß aus der Kaiserwahl ein Ministerwechsel einmal ein Ereignis eines Ministerwechsels werden wird. Die Sitzung dauerte nur eine halbe Stunde, so lange, als der Namensaufruf währte. Die Fraktionen waren dabei ziemlich gleichmäßig an Stärke vertreten, am besten sah es auf den Bänken unserer Genossen aus. Morgen, wo die erste Fraktionssitzung stattfindet, werden sie schon vollständig besetzt sein.

Parlamentarismus. Die freimüthige Vereinigung hat ihren Antrag auf Ziehung des Wahlgesetzes auf neue eingebracht.

Die preussischen Minister des Innern und der Finanzen haben ihre Zustimmung zur Erhebung einer Luxussteuer auf Equipagen und Schlitten, die von den höchsten Behörden von Coppel beschlössen und vom Reichsausschuß genehmigt war, verweigert. — Ob die Herren wohl schon einmal ihre Zustimmung zu einer Verbrauchssteuer, die die Waffe belastet, verweigert haben?

Der preussische Polizeiminister v. Köller tritt von seinem Amt zurück. Der „Vorwärts“ schreibt darüber: „Der Minister des Innern, Herr v. Köller, ist, wie uns als absolut sicher mitgeteilt wird, am Sonntag bis auf Weiteres zurückgetreten. Sein Rücktritt ist zweifellos. Die Geschäftsführung in Stellvertretung unter Staatssekretär Braunbrend. Das ist indessen nur ein Provisorium. Als wahrhaftiger Nachfolger des Herrn v. Köller wird uns vor anderer Quelle der Geheimen Regierungsrath Herr von Trott zu Solz, der Verfasser der verunglückten Unkurvorlage, bezeichnet. Verdient das dieser eifrige Staatssekretär die Beförderung ebenfalls. Unsere geistige Mithilfe, daß die Tage des Herrn v. Köller gemäßt seien, hat überdies schnell ihre Befriedigung gefunden. Es ist ein eigenes Mißgeschick, daß Herr v. Köller unmittelbar nach seiner Haupt- und Staatsaktion gegen die Sozialdemokratie jetzt das nämliche Schicksal ereilt, wie im vorigen Jahre die Grafen Caprivi und von Gumboldt, als sie der sozialdemokratischen Partei den Garaus mit einem Unkurgesetz machen wollten. Ob auch diesmal auf einer Jagdpartie die Entscheidung gefallen ist, wissen wir bisher noch nicht. Aber uns soll dieser Vorgang ein gutes Vorzeichen sein, daß sich auch künftig der Erfahrungstag beherrschen wird: welcher Staatsmann mit der Sozialdemokratie anbandert, kommt dabei zu Fall.“ — Zu dem Rücktritt Köllers schreiben bürgerliche Zeitungen noch, daß er sich bezieht. Die Ursache soll in Differenzen mit dem Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf zu suchen sein und man nimmt an, daß diese Differenzen über die Reform der Militärstrafprozeduren entstanden sind. Einige bringen den Rücktritt auch mit dem Fall Teubach und dem Vorgehen gegen die sozialdemokratischen Berliner Wahlvereine in Verbindung. — Wir glauben jedoch nicht, daß das letztgenannte Vorgehen seinen Sturz veranlaßt hat.

Der verlorene Oberreichsanwalt Teßendorf widmet der „Vorwärts“ folgenden Nachruf: „Der Oberreichsanwalt Teßendorf ist infolge eines Schlaganfalls gestern in Leipzig gestorben. Teßendorf wurde im Jahre 1831 auf einem pommerischen Gut geboren, wurde 1864 Staatsanwalt zu Bura bei Magdeburg und 1867 erster Staatsanwalt in Magdeburg. Schon dort nahm er Veranlassung, als hilfsbereiter Staatsanwalt aufzutreten. Wir hatten am 7. November 1864 Veranlassung genommen, seinen nach dieser Richtung hin recht interessanten Briefwechsel mit dem sächsischen Rechtsanwalt Freitag im März 1871 zu veröffentlichen. An ihn sei an dieser Stelle erinnert. Er kennzeichnet trefflich das strebende Vorgehen des Verstorbenen. Rechtsanwalt Freitag durfte mit recht unter dem 28. April 1871 ihm schreiben: „Ihr ganzes Verhalten in der vorliegenden Sache giebt mir den Beweis, daß Sie Ihre Karriere als königlich preussischer Staatsanwalt und Polizeiman in Preußen machen werden, auch wenn Ihr strammes Auftreten gegen die Herren Bebel und Liebknecht nicht an die Glocke der Effektivität geklingelt wird.“ Die Freitag'sche Prognose ging in reichem Maße in Erfüllung. 1873 wurde der strebsame Beamte als Staatsanwalt nach Berlin gerufen. Dort inszenierte er die „Verurteilung der Sozialdemokratie“. Es gelang ihm den Allgemeinen Arbeiterverein und andere Organisationen zur Schließung zu bringen. Teßendorfs Name fand an den Jüngern des Ruhmes der Staatskretäre. Noch bei seinen Lebzeiten hätte er und andere die Lehre aus den tatsächlichen Verhältnissen ziehen können, daß das Blößen, Wachen und Geben der sozialdemokratischen Bewegung solcher Gewaltthaten spottet. Es unterliegt wohl auch schwerlich ein Zweifel, daß er vor ähnlichen Unternehmungen, wie sie jetzt von denen am Köller geplant werden, aus eigener Erfahrung gewarnt hätte. Wenigstens ließ

seine Thätigkeit als Richter (er wurde am 1. Oktober 1879 zum Senatspräsidenten ernannt in Königsberg, dann in Rumburg, 1885 im Kammergericht in Berlin ernannt) wiederholt darauf schließen, daß er zwar Polizeiman durch und durch geblieben, aber doch von der Ansicht einer Glückseligmachung durch Polizeimittel in etwas zurückgekommen war. Denn, so geringfügig auch dieses Lob ist, es kann dem Verstorbenen die Anerkennung nicht verweigert werden: unter den Präsidenten, die der Straßenseite des Kammergerichts seit der Mitte der sechziger Jahre aufzuweisen hat, war er derjenige, der nicht ohne Erfolg objektiv zu urteilen bemüht war. Unter seinem Präsidium wären manche Urtheile, wie sie heute vom Kammergericht allgemein als selbstverständlich erwartet werden, unmöglich gewesen. Indessen die Stellung eines objektiv urteilenden Richters behagte ihm auf die Dauer nicht. Am 1. April 1886 wurde er zum Ober-Rechtsanwalt ernannt und hat sein Amt in der Rechtsprechung des Reichsgerichts beibehalten, die die Stufen zwischen dem Rechtsbegriff des wertvollen Volkes und der gelehrten Richter von Tag zu Tag erweitert. Dadurch, daß er zu Gunsten der bestehenden Gesellschaftsordnung glaubte die Interessen der Unternehmerklasse wahrzunehmen zu müssen, hat er vielen die Augen darüber geöffnet, was unter den heutigen Umständen von der Gleichheit vor dem Gesetz zu halten ist. Durch diese unablässigen Erfolge seiner Thätigkeit war sein Leben nicht amüßig.

In der Schließung der Berliner Wahlvereine, die ein Strafverfahren gegen Auer und Genossen wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes nach sich zieht, wird mitgeteilt, daß bereits 70 Vorstandsmitglieder die umfangreiche Anklageurkunde zugesandt worden ist.

Die aufgelassenen Kommissionen der Berliner Sozialdemokratie sollen „mit einander in Verbindung getreten sein“ und dadurch gegen das preussische Vereinsgesetz „verstoßen haben“. Daß das Zusammenwirken von Komitees oder Ausschüssen in allen Parteien, nicht nur in der Sozialdemokratie, ganz unbefangenen stattfindet und nirgends als Verstoß gegen das Vereinsgesetz aufgefaßt wird, beweist unter Anderem auch die folgende von der „Schlesischen Volkszeitung“ veröffentlichte Mittheilung:

Nach § 5 des Wahlorganisationsstatuts für die schlesische Zentrumspartei haben die Kreiskomitees zu der vor jeder Wahl in Breslau stattfindenden Vertrauensmänner-Versammlung Vertreter und Stellvertreter aus jedem landräthlichen Kreise zu wählen und deren Namen und Adresse dem Provinzialkomitee mitzutheilen. In § 5 ist auch die Zahl dieser Vertreter bzw. Stellvertreter bestimmt.

Bisher haben erst wenige Kreiskomitees dieser Bestimmung genügt. Deshalb ersuche ich die Kreiskomitees ergebenst, Namen und Adresse ihrer Vertreter und Stellvertreter bis zum 1. Februar 1890 dem Schriftführer des Provinzialkomitees, Herrn Rechtsanwalt Konstantin Rath, Dr. Vorst in Breslau, Schneidmühlstraße 31, mitzutheilen und, falls die Wahlen noch nicht vorgenommen worden sein sollten, dies zu thun, nachzuholen.

Breslau, den 22. November 1889.
Im Auftrage des Provinzialkomitees.
Der Vorsitzende Franz Graf Vallasheim.
Genau so verfährt man in der konservativen und nationalliberalen Partei. Wir haben bis jetzt noch nicht in Erfahrung gebracht, daß das Provinzialkomitee der „Kreuzzeitung“ deshalb, weil es thatsächlich mit der konservativen Parteiorganisation in Verbindung getreten ist, von der Polizei bestraft wurde.

Ueber die Auflösung des Parteivorstandes schreibt die „Voss. Zig.“: „Die Frage hat infolge eine ganz allgemeine Bedeutung, als im begehenden Falle davon sämtliche andere politische Parteien betroffen würden. Denn ein Parteivorstand, Vertrauensmann und Ortsvereine bestehen in jeder Partei, und daß sie unter einander Verbindung unterhalten, liegt im Wesen der Sache. Auch wenn die Schließung der sozialdemokratischen Vereine aufrecht erhalten wird, dürfte dadurch der Sozialdemokratie nur geringer Abbruch geschehen. Die Partei würde ihre Leitung höchstens nach einem gasstlicheren Bundesstaate, und wenn auch das verlag, in's Ausland verlegen. Eine Schwächung der Sozialdemokratie ist davon nicht zu erwarten.“

Die neuen Mahregeln der Berliner Polizei gegen die sozialdemokratische Organisation werden von den Korrespondenten bürgerlicher Blätter zur Verbreitung althergebrachter Gerüchte ausgenutzt. Das Gerücht bringt's mal so mit sich. Aus Jülich ging bürgerlichen Blättern folgendes Telegramm zu:

„Die sozialdemokratische Partei-lasse wurde nach Jülich gebracht. Verschiedene Parteiführer, darunter Bebel, sind hier anwesend.“

An dieser Sensationsnachricht ist nur wahr, daß unter Genosse Bebel seit einigen Tagen in privaten Angelegenheiten bei seinen Kindern in der Schweiz sich aufhält. Von den sonstigen „Führern“ befindet sich kein einziger im Auslande, im Gegentheil, sie sind alle auf ihren Posten in Deutschland und eifrigst bestrebt, den neuesten Coup gegen unsere Partei zu schanden

zu machen. Was aber die „sozialdemokratische Partei-lasse“ betrifft, so brauchen die Herren Gegner nur in unseren Parteiprotokollen nachzuschlagen und sie werden Aufklärung darüber finden, daß es nicht erst des neuesten Polizeioffiziers bedarf, um die Parteigegner davor zu schützen, daß sie nicht „den Preußen in die Hände fallen“.

Die „Breslauer Morgenzeitung“ kommt in einer Besprechung der Situation zu folgenden treffenden Bemerkungen: „Tief bedauerlich ist an der Lage der Dinge, daß dieselbe kaum erweitert werden kann, ohne die Person des Kaisers mit hineinzuziehen. Seit der bekannten Seidenrede geht ein eisiger Wind durch das Reich, und jeder sucht jede Bestrebung, die ihn bekämpfen, sich mit der Autorität der Krone zu decken. Man sollte den Kaiser aus dem Spiele lassen: es ist keine ritterliche Kampfesweise, den politischen Gegner nicht mit Worten und Gründen zu widerlegen, sondern ihn zu einem Feinde des Kaisers und des Reichs zu einem Feinde des Kaisers und des Reichs zu stampfen und auf dem Wege des Majestätsbeleidigungs-Prozesses mundtot zu machen. Auf dem Wege aber, die die Reichsregierung unsere Zeit eingeht, ist nichts leichter, als das. Die sensationellen Urtheile gegen Liebknecht, Förster, Stadthagen und andere — auch Nichtparlamentarier — sprechen mehr als viele Worte.“

Eine Arbeiterschulordnung für Buchdrucker ist vom preussischen Handelsministerium entworfen worden. Sie enthält Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Buchdruckereien und Schriftgießereien. Der Entwurf befindet sich im Wesentlichen auf der Vertheilung von genügend Licht und Luft und auf die Durchführung peinlicher Sauberkeit. Die Zahl der in den Arbeitsräumen beschäftigten Personen muß so bemessen sein, daß auf jede mindestens fünfzehn Kubikmeter Luftraum entfallen. Der Entwurf ist den nachgeordneten Behörden zur Prüfung und Berichterstattung über die praktische Anwendbarkeit übergeben. Angeregt wird dabei insbesondere die Frage, ob es unbedenklich erscheint, eine Bestimmung aufzunehmen, wodurch die Beschäftigung von Personen unter 18 Jahren als Schriftgießer und Setzer nur dann gestattet ist, wenn durch Zeugnis eines approbierten Arztes nachgewiesen, daß sie frei von Tuberkulose sind.

Die Militärvereine dürfen mit hoher Erlaubnis der Ministerien des Innern und des Krieges bei Aufzügen nicht nur an des Königs, sondern auch des Kaisers Geburtstag, sowie anlässlich der Sedanfeier, hervorragender Vereinsjubiläen, wie bei 25., 50., 75. und 100-jährigen Bestehen des Vereins, endlich anlässlich der Fahnenweihe eine Genschaftsbeilegung des Vereins in der Stärke von 12 Mitgliedern im Zuge führen. — Großartig!

Die Ausweisung der Strafvollstreckung, wie sie in dem bekannten Erlass des Königs von Preußen an den Justizminister vorgegeben ist, kann lediglich als eine Erweiterung der Bestätigung der königlichen Gnade aufgefaßt werden. Der Erlass ermächtigt den Minister, diejenigen zu Freiheitsstrafen Verurtheilten zunächst auf freiem Fuß zu belassen, welche dieser Begünstigung würdig erscheinen. Jetzt verlautet, von dieser Mahregel sei am 28. November zum ersten Male in einer Gerichtsverhandlung Gebrauch gemacht worden, und zwar vor der Strafkammer zu Düsseldorf. Das Wolff'sche Telegraphenbureau verbreitet darüber folgenden summarischen Bericht: „Bei einem jugendlichen Angeklagten, der wegen Unterschlagung zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt war, wurde der Haftbefehl aufgehoben und der Vollzug der Strafe ausgesetzt, wobei der Vorsitzende bemerkte, daß der Verurtheilte vollständig vollständig begnadigt werde, wenn er sich während einer bestimmten Zeit tadellos geführt habe.“ Die Notiz ist in ihrer knappen Fassung nicht ganz verständlich, da ja nach dem in Rede stehenden königlichen Erlass nicht das Gericht, sondern die Justizverwaltung die Strafaussetzung anzuordnen hat. Die Berichte der Düsseldorf'schen Blätter über die betr. Verhandlung liegen noch nicht vor. Allerdings kann das Gericht den Haftbefehl aufheben. Aber das ist eine Maßregel, die an sich gar nichts mit der Frage der bedingten Verurteilung zu thun hat. Diese Frage kann überhaupt nicht auf dem Wege der Kabinetts-Ordres, unter Bezugnahme auf das „Gnadenrecht der Krone“, sondern nur auf dem Boden des Gesetzes durch die Volksvertretung geregelt werden.

Frankeich.

Paris, 1. Dezember. Der zweite Acton heißt Souligou. Er hat ebenfalls auf Rechnung der Bonamagelgesellschaft die Bekleidung von Parlamentariern getrieben. Die in der „Libre Parole“ veröffentlichten Dokumente lassen darüber keinen Zweifel zu. Man findet da das Protokoll von vier Ober-Deputierten, auf denen die Namen von zwei ehemaligen Deputierten (Dubois und Rigant) und der Name eines ehemaligen Ministers (Jélu Grouet) vermerkt sind. Daß die Namen und der Name wirklich den Deputierten bzw. dem Minister gehören, zeigen die an die Zalone angehefteten Briefe, die von den Genannten unterschrieben und an Souligou gerichtet sind. Briefe sehr intimen Charakters, wenn sie sich auch nicht auf die Cheds beziehen. Souligou, der auf die Angaben der „Libre Parole“ hin

verhaftet wurde, leugnet Alles ab. Seine Unschuld hat ihn jedoch nicht gehindert, drei Tage lang sich verborgen zu halten. — Unter den von der „Libre Parole“ veröffentlichten Dokumenten befindet sich auch ein sehr fremdartiges Schreiben des ehemaligen Justizministers Thevenet an Souligou. Thevenet gehört zu den Panamistern, gegen welche die Untersuchung wegen „Mangels an Benecken“ (durch eine Non-lien-Erklärung eingestellt wurde).

Spanien.

Madrid, 1. Dezember. Marquis Camprunna befehligte den Minister der öffentlichen Arbeiten, Pich, welcher früher Bürgermeister von Madrid gewesen ist, vor den Untersuchungsrichter der Beamtentum im Amt. Der Minister erklärte, mit allen Mitteln gegen den Marquis vorgehen zu wollen, und hat die beabsichtigte Reise nach Granada aufgeschoben. Wie man glaubt, wird Pich sein Entlassungsgesuch einreichen, um Camprunna zu fordern. Der Minister hat befohlen, die Angelegenheit den Gerichten zu überlassen.

Vom Aufständischengebiere auf Cuba liegen folgende Nachrichten vor: Nach einer Remonter Depesche aus Havanna brachte eine spanische Truppenabtheilung unter den Generalen Yrujo und Claver einer von Gomez geführten Aufständischenarmee eine vollständige Niederlage bei. Die Aufständischen hatten 80 Tode und 100 Verwundete, die spanischen Truppen 8 Tode und 18 Verwundete. Das Kriegsgeschehen vertheilt den Vientenano Arto, welcher das Fort Belano den Aufständischen übergab, zu lebenslänglichem Gefängnis. — Die spanische Regierung wird im Januar wieder 10000 Mann nach Cuba entsenden.

Bulgarien.

Sofia, 1. Dezember. Nach der Meldung eines bürgerlichen Blattes würde der von der Kommission zur Untersuchung der Regierungsthatigkeit Stambulow's ausgearbeitete Bericht, dessen Verlesung in der Sobranje täglich erwartet wird, mit dem Antrage schließen, alle noch lebenden Minister des Kabinetts Stambulow's in den Aufstand zu verurtheilen. — Das Journal „Borger“ meldet: Die serbische Regierung ließ in Sofia erklären, sie wüßte Verhandlungen wegen Abbruch eines Handelsvertrages einzuleiten.

Rußland.

Petersburg. Ueber den Arbeitersaustausch der Cigarettenfabrik Kaserne mit deutschen bürgerlichen Blättern folgendes geschrieben: Am 22. v. M. ist in der bürgerlichen Tabak- und Cigarettenfabrik Kaserne ein Arbeiterente ausgedrückt, bei welcher Maßnahme verurtheilt und eine enorme Menge von Tabak und Cigaretten, Werkzeuge und andere Gegenstände auf die Strafe geworfen wurden. Hervorgehoben wurde die Erzeugung unter den Arbeitern der Fabrik durch die Einführung von Maschinen eines neuen Systems, sowie durch eine Verabreichung ihrer Vorne. Der Tumulal nahm solche Dimensionen an, daß der Justizminister, General Babin, mit einer großen Anzahl von Polizisten und Feuerwehmannen auf dem Platze erschien und eine Massenerfassung vornehmen ließ. Man wendete hierbei die Methode an, daß die Polizisten die ganze Menge der Tumultirenden mit einem von ihnen gehaltenen inneren Seil umschlangen und auf diese Weise nach dem Gefängnis beförderten. Die Mehrzahl der Verhafteten, die sich auf ungefähr 1000 Personen bezifferten, bestand aus Frauen. Da die Chronik der Blätter über diesen Vorfall nicht ein Wort enthält — nur der „Grafobianin“ erwähnt ihn mit wenigen Worten — so ist anzunehmen, daß ein politisches Verbot in diesem Sinne an die Presse erlassen ist.

Afrika.

Er mordung eines Missionars in Madagaskar. Zu der mitgetheilten Ermordung des englischen Missionars Johnson auf Madagaskar erzählt das „Neuer'sche Bureau“ aus Tananarivo unter dem 23. d. M.: Gestern griffen ungefähr 2000 Eingeborene die englische Missionstation in Arivonimamo an. Der Missionar Johnson, dessen Frau und Kind wurden ermordet, die Leichen verstümmelt. Die Eingeborenen sind den Europäern feindselig gesinnt. Man befürchtet noch andere Angriffe auf die fremden Missionstationen.

Deutscher Reichstag.

1. Sitzung vom 3. Dezember 1895.
Am Trische des Bundesrathes v. Bötticher und v. Marschall.
Präsident v. Bötticher eröffnet gemäß der Geschäftsordnung des Hauses die Sitzung um 1 1/2 Uhr Nachmittag und richtet einige Begrüßungs Worte an die erschienenen Abgeordneten. Zu Schriftführern beruft er die Abgeordneten Heun (Ztr.), Kropatsch (Hann.), Bielefeld (natl.) und Dr. Berners (Ztr.).
Eingetragen sind an Berichten der Etat 1896/97 mit Anlagen, der Entwurf eines vollen und Zersetzungs. Es folgt der Kammerantrag, der die Annahme von 208 Mitgliedern ergibt. Das Haus ist also beschlüssig. Dann erfolgt der Schluß der Sitzung um 1 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Tagesordnung: Wahl der Präsidenten und Schriftführer. Schlußmüher Antrag Zimmermann und Genossen auf Entlassung eines Strafschiffers gegen den Abg. Berners (Reform.)

Aus Stadt und Land.

Vant, 4. Dezember.
Ueber die üblichen Zustände auf dem Lande, insbesondere über die „kufischen“ Maßregeln, die da und dort dem Gefinde vorgekehrt werden, gibt folgende Notiz Aufschluß, die der „Ge-

Weihnachts-Ausstellung
ist eröffnet.Ich empfehle in reicher Auswahl
sein mechanisch gearbeitete**Spielwaaren**

als:

Modell dampfmaschinen, einzelne Betriebsmodelle, Dampfschiffe, Laterna magica, Electromotoren, Induktionsapparate, Funkeninduktoren, Accumulatoren, Glühlämpchen und viele hier nicht genannte Sachen. Ferner führe ich ein großes Lager in Barometern, Thermometern, Hygrometern (Wetterhäuschen) etc. Gleichzeitig bringe meine mit den besten Werkzeugen eingerichtete

Werkstattin empfehlende Erinnerung. Prompte
fachgemäße Bedienung.

Nachschüßungswoll

C. Gleich, Mechaniker.

Koonstraße 15.

Zum Weihnachtsfest!**Kinderspiel sachen**werden
neu gestrichen u. gemalt.**Puppenstuben**

tabezirt.

Kopperhorn, Marienstr. 4, 1 Tr.

Seifenwammempfehle
Carl Bamberger,am Marktplatz
an der Bismarckstraße.

Als mildeste u. sparsamste

Toilette-Seifen

empfehle:

Pat. Myrrhulin-Seife
Sanitas-Seife
Peri-Seife
Dörings-Seife.

R. Keil, Drog. z. roth. Kreuz,
Werftstraße 10.

Wegen Mangel an Platz wünsche ich
ein gut's**Tafelklavier**zu jedem nur irgend annehmbaren Preise
zu verkaufen.Rechnungsführer **Schmitters,**
Bant, Berl. Koonstr. 24.**Gesucht**

auf sofort für mein Geschäft

eine Verkäuferinwelche schon in einem Kolonialwaaren-
geschäft thätig gewesen ist.

Johannes Arndt,
Bant.

Zu vermietenzum 1. Februar eine dreizimmerige
Etagenwohnung.

G. D. Gerdes,
Neue Wilhelmsb. Straße 4.

Waarenhaus B. S. Bührmann.In Folge vorgerückter Saison kaufe ich circa
900 Stück

**Damen - Jackets, Radmäntel,
Capes und Kindermäntel**

bedeutend

unter Preisund gebe dieselben zu folgenden enorm billigen Preisen
wieder ab:

Damen-Jackets aus guten Cheviot- und Eskimo-
stoffen 4,50, 6, 8, 10,50 bis 16 Mt.

Rad-Mäntel, wassirt sowie aus schweren Winter-
stoffen, 6,75, 9, 11, 13,50, 18 bis 29 Mt.

Capes aus Cheviot, Kammgarn, Krümmen und
Blüsch.

Kinder-Megenmäntel und Kinder-Wintermäntel
mit und ohne Kragen.

Gänzlich nur neue Sachen.**50 Pfennig-Bazar**

21 Bismarckstrasse Bismarckstrasse 21

dem Haupt-Erkeingang gegenüber.

Beste und billigste Bezugsquelle in allen nur möglichen Haus-
haltungs-Gegenständen, Luxusartikeln und Spielwaaren etc. etc.
Vorzügliche abgel. Cigarren sowie preiswerthe Roth- und Weißweine.

Waarenhaus B. S. Bührmann.**Preiswerthe Kleiderstoffe**
für den **Weihnachtsfisch!**

Einige Hundert Stück Kleiderstoffe für
Straßenkleider, nur gute, reelle Quali-
täten, werden von heute ab, weil nicht mehr
in ganzen Farbenfortimenten am Lager,
unter Einkaufspreis

ausverkauft!

Reise und Roben knappen Maasses
in Kattun, Blandrock, Gardien, Warps etc. für
Hauskleider außerordentlich billig.

Gefunden

ein Portemonnaie mit bedeutendem
Inhalt. Abzuholen gegen Erstattung
der Infectionsgebühren in der Expe-
dition d. Bl.

Logis für zwei junge Leute

Grenzstraße 22, 2. Etage,
Eingang Börsestr.

Billig zu verkaufen

2 bis 3 Schweine
zum Weiterfüttern.

H. Ottmanns, Neander Mühlenreihe,
bei Sedan.

Gutes Logis

Lomdeich 35.

Meine diesjährige

Weihnachtsausstellung

in
Galanterie-, Kurz- u. Spielwaaren
aller Art

ist eröffnet. Dieselbe ist außerordentlich reichhaltig und
bietet die beste und billigste Gelegenheit zu
Weihnachtseinkäufen.

D. Westorp,

31 Neue Wilhelmsb. Straße 31.

Bürger-Verein Bant.

Donnerstag den 5. Dezember
Abends 8 1/2 Uhr:

Monats-Verammlung

im Lokale der Bw. Brumund.

Tagesordnung:

1. Hebung der Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Verschiedenes.

Um vollständiges Erscheinen ersucht

Der Vorstand.**Kaiser-Panorama**

Zitelle aus der Passage Berlin

im Drägerischen Industriegebäude, Göhrstr.

Eingang: Peterstraße.

Diese Woche:

Ren! Großartig!

Eine Besichtigung der größten
Ozean-Dampfer der Hamburg-
Amerika-Linie mit Partien von
Hamburg und Cuxhaven.

Um freundlichen Besuch bittet

Die Direction.**Stundenmädchen**

für den ganzen Tag gesucht.

Von wem, sagt die Exp. d. Stg.

Zu kaufen gesucht

eine gut erhaltene **Kinderbettstelle.**
Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Zum Hauschlachten

empfehle mich.

Joh. Hofmann

Mühlenweg 14, bei Altheppens.

Bier-Niederlage
und **Mineralwasser-Anstalt****Georg Endelmann,**

47 Königstraße 47.

Lagerbier von Th. Kellner, Jever.

Kulmbacher Bier (Küzi-Bräuerei).

Weißbier (Altienbräuerei, vorm. Bolle,

Berlin).

Selterwasser, Brause-Limonade

von vorzüglichem Geschmack.

Garzer Königsbrunnen von Goslar

am Satz.

Wiederverkäufern Rabatt!**Arb.-Notiz-Kalender**

Preis 60 Pf.

C. Buddenberg.**Todes-Anzeige.**

Am Montag den 2. Dezember,
Abends 8 Uhr, ist mein lieber Mann
und unser unvergesslicher Vater,
der Schlosser

August Trost

nach langem, schweren Leiden sanft
entschlafen, was wir schmerzerfüllt
allen Freunden und Bekannten zur
Anzeige bringen.

Wilhelmshaven, 4. Dez. 1895.

Wittve Trost

nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Donners-
tag den 5. Dez., Nachm. 2 1/2 Uhr,
von der städt. Leichenhalle aus statt.

**Nachruf!**

Am 2. Dezember, Abends 8 Uhr,
fiel nach langem, schweren Leiden
unser früherer langjähriger Arbeits-
genosse, der Schlosser

August Trost

was wir allen seinen Freunden
und Bekannten hiermit zur schul-
digen Anzeige bringen.

Wir betrauern in dem Dahin-
geschiedenen einen wackeren und Ar-
beitskollegen und werden ihm daher
hiesig ein bleibendes Andenken be-
wahren.

Wilhelmshaven, 4. Dez. 1895.

Seine näheren Freunde.**Todes-Anzeige.**

Heute entschlief plötzlich und un-
erwartet unser liebes Söhnchen

Martin

im zarten Alter von 2 Monaten,
was wir allen Freunden und Be-
kannten in tiefer Trauer zur An-
zeige bringen.

Bant, 4. Dezember 1895.

M. Schmacker u. Frau,
geb. Fimmen.

Die Beerdigung findet Freitag
den 6. Dez., Nachm. 3 Uhr, von
Neue Wilhelmsbavener Straße 31
aus statt.

Wulf & Francksen**Ausstellung fert. Betten.****Einschlafge Betten Nr. 8**

aus grün-roth gestreiftem Körper

mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 7,—

Unterbett 7,—

2 Kissen 5,—

Mt. 19,—

Zweischläfge Mt. 23,50

Einschlafge Betten Nr. 10

aus roth-grau gestreiftem Atlas

mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 10,25

Unterbett 10,25

2 Kissen 7,—

Mt. 27,50

Zweischläfge Mt. 31,—

Einschlafge Betten Nr. 10b

aus roth-bunt gestreiftem Atlas

mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 13,50

Unterbett 13,50

2 Kissen 9,—

Mt. 36,—

Zweischläfge Mt. 40,50

Einschlafge Betten Nr. 11

aus rothem od. roth-rosa Atlas

mit 16 Pfund Halbdaunen.

Oberbett 17,50

Unterbett 17,50

2 Kissen 10,—

Mt. 45,—

Zweischläfge Mt. 50,50

Einschlafge Betten Nr. 12

Oberbett aus rothem Daunen-

faser, Unterbett aus roth. Atlas

mit 16 Pfd. Daunen u. Federn.

Oberbett 22,—

Unterbett 22,—

2 Kissen 12,—

Mt. 54,50

Zweischläfge Mt. 61,—